



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 6

6. April 2014

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 HPR-Vorsitzender macht Druck – HPR der Polizei setzt Höhergruppierungen durch
- 02 Polizeireform: Kritik
- 03 Einkommensrunde 2014 - Bund/Kommunen
- 04 Polizeiliche Kriminalstatistik Baden-Württ.
- 05 33. Studienjahrgang der HfPol verabschiedet
- 06 NSA: Untersuchungsausschuss eingesetzt
- 07 Grün-rote Bedürftigkeit
- 08 Kurzmeldungen

Hinweise und Kritik zur Polizeireform: reformkritik@dpolg-bw.de



Die Polizeireform bewegt und erregt die Gemüter. Welche Erfahrungen und Feststellungen haben Sie gemacht? Was läuft nicht rund? Welche Probleme gibt es vor Ort? *Schreiben Sie uns ihre Kritik.*

Wir garantieren Ihnen einen vertraulichen Umgang und anonymisierte Verarbeitung.

01 HPR-Vorsitzender macht Druck – HPR setzt Höhergruppierungen durch

Quelle: IM BW/ID

Stuttgart – Nach jahrelangem Hickhack um Verbesserungen im Nichtvollzug und immer verschiedenen Dienstvereinbarungen mit den jeweils amtierenden Innenminister, die meist das Papier nicht wert waren auf dem Joachim Lautensack als Vorsitzender des Hauptpersonalrats unterzeichnete, hatte Lautensack jetzt dem Innenministerium signalisiert, dass die Geduld und das Entgegenkommen des Hauptpersonalrat erschöpft ist. Innenminister Gall hat jetzt eingelenkt und in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Hauptpersonalrats die Umsetzung der Zusagen angekündigt.



Am 16. April 2013 hatten Innenminister Gall und der Vorsitzende des Hauptpersonalrats der Polizei, Joachim Lautensack, mit ihren Unterschriften eine Dienstvereinbarung über die sozialverträgliche Umsetzung der Polizeireform besiegelt. In dieser Dienstvereinbarung wurde festgeschrieben: „Die im Rahmen des sogenannten Nichtvollzugskonzepts zur Verfügung stehenden Mittel werden vollständig noch im Laufe des ersten Halbjahres 2013 für Höhergruppierungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Datenstationen unter Beteiligung der Personalvertretungen genutzt. Das Innenministerium wird bis zum Inkrafttreten der Polizeireform eine konkrete Initiative für weitere Neubewertungen ergreifen.“

Lautensack: „Die Erwartungen unserer Tarifbeschäftigten wurden bisher bitter enttäuscht. Leider zum wiederholten Male. Durch die aktuelle Dienstvereinbarung hatten die Tarifbeschäftigten wieder einmal Hoffnung auf sachgerechte Bewertungen ihrer Tätigkeit geschöpft.“

Noch im April 2013 hatte der Hauptpersonalrat der Polizei - entgegen der eindeutigen Aussage in der Dienstvereinbarung zum Zeitlauf und zum Gesamtvolumen einer ersten Höhergruppierungsrunde von insgesamt nur 64 Höhergruppierungen zugestimmt, ebenso einer zweiten Höhergruppierungsrunde (Dez.2013) von insgesamt 106,5 zusätzlichen EG 8 Zuweisungen. Leider wurden diese nur teilweise und die 2. Tranche überhaupt nicht realisiert.

Martin Schuler, DPoIG-Tarifvertreter im Hauptpersonalrat, hatte in den vergangenen Jahren seit Entstehung des Nichtvollzugskonzepts immer wieder auf die vielfältigen Problemstellungen und Rückschläge in der Umsetzung hingewiesen. Erst vor wenigen Tagen machte Martin Schuler gegenüber der ID-Redaktion deutlich: „Haushaltsrestriktionen, Mittelkürzungen durch den Landtag, Probleme bei den Tätigkeitsbeschreibungen und bei der Bewilligung durch die Tariferferenten im Finanz- und Innenministerium und zahlreiche andere Verzögerungen und Hinhaltetaktiken haben das Vertrauen unserer Tarifbeschäftigten in die Verlässlichkeit der Zusagen der jeweiligen Verantwortungsträger massiv negativ beeinträchtigt. Ich habe auch überhaupt keinerlei Verständnis mehr für irgendwelche Konsequenzen aus irgendwelchen aktuellen Urteilen zur sachgerechten Eingruppierung ihrer Tätigkeiten.“



Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats hatte den Minister sehr eindringlich aufgefordert, sich der leidigen Sache persönlich anzunehmen und dafür Sorge zu tragen, dass die vertraglichen Zusagen sehr zeitnah und vollumfänglich umgesetzt werden. Darüber

hinaus erwarte er eine sehr klare Aussage zur angekündigten weiteren Initiative für Neubewertungen sowie zur allgemeinen Stellensituation im Tarifbereich der Polizei.

Martin Schuler, Vorstandsmitglied im Hauptpersonalrat der Polizei, stellt zur Gesamtproblematik fest: „Auch aufgrund des Rechtsgrundsatzes „Tarifrecht bricht Haushaltsrecht“ stellen die Zustimmungen des Hauptpersonalrats der Polizei zu den vorgenannten Maßnahmen ein großes Entgegenkommen dar. Immer aber davon geprägt, tatsächlich eine finanzielle Besserstellung der Tarifbeschäftigten zu erreichen. Wenn Innenminister Gall jetzt nicht einlenkt, bleibt nur der Klageweg. Die DPoIG hat hierzu in der Vergangenheit alle geführten Prozesse gewonnen. Ich habe keine Probleme damit, dass wir in ein Massengerichtsverfahren einsteigen. Die dabei entstehenden Kosten könnte man aber besser in Verbesserungen der Tarifbeschäftigten einsetzen.“

Schuler machte auch deutlich, dass es mittlerweile einige arbeitsgerichtliche Entscheidungen gibt, aus denen sich die zwingende rechtliche Verpflichtung zur höherwertigen Eingruppierung der betroffenen Beschäftigten in den Datenstationen ergeben. Vereinfacht ausgedrückt bezahlen wir aber aus den Mitteln des Nichtvollzugskonzepts – die eben nicht oder zumindest nicht vollständig für Beschäftigte der Datenstationen vorgesehen waren – die tarifrechtlichen Defizite des Innenministeriums. Zurecht fordert der Hauptpersonalrat eine „konkrete Initiative für weitere Neubewertungen“ im Sinne der Dienstvereinbarung, die noch vor Inkrafttreten der Polizeireform zugesagt wurde.

Das Ergebnis kann sich jetzt zumindest für Beschäftigte in den Datenstationen sehen lassen: **Statt einer ursprünglich angedachten Höhergruppierung von Entgeltgruppe 6 nach Entgeltgruppe 8 TV-L ist jetzt eine Höhergruppierung nach Entgeltgruppe 9 Fallgruppe 3 TV-L möglich.**

Rechnen darf man mit insgesamt ca. 160 Höhergruppierungen nach Entgeltgruppe 9 Fallgruppe 3 TV-L, wobei die bereits umgesetzten Höhergruppierungen aus der ersten Tranche jetzt ebenfalls nach Entgeltgruppe 9 Fallgruppe 3 TV-L höhergruppiert werden. Über 90 Beschäftigte können sich jetzt auf eine Höhergruppierung von EG 6 TV-L nach Entgeltgruppe 9 Fallgruppe 3 TV-L freuen.

02 Polizeireform: Kritik

Quelle: Presseauswertung/DPoIG

Auch im vergangenen Berichtszeitraum gab es viele kritische Stimmen zur Polizeireform. Überdies erreichen uns weiter täglich Meldungen aus der Kollegenschaft. Nachfolgend einige Presseauszüge zum Thema.

26. März 2014 – Schwarzwälder Bote
Felicitas Schück



Bericht (Auszug) über die Verabschiedung des 33. Studienjahrgangs Titel „Cyberkriminalität fordert heraus“

Obwohl sich Landespolizeipräsident Gerhard Klotter alle Mühe gab, die Vorstellung vom "Horrorszenario Polizeireform" zu zerstreuen, war bei der Verabschiedung des 33. Studienjahrgangs an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg zumindest an

der Zusammensetzung der Gäste zu spüren, dass atmosphärisch durchaus nicht alles in Ordnung ist.

"Es geht nicht darum, Konzepte auf die reale Welt zu übertragen und Routine zu entwickeln, sondern in die neue Organisation Vertrauen zu entwickeln", sagte der Landespolizeipräsident, der einräumte, dass man nach der Polizeireform an vielen Stellen "mit Provisorien" leben müsse.

31. März 2014 – Schwäbische Zeitung
Karin Kiesel



Kommentar: Präsenz ist wichtiger als Zahlen

RAVENSBURG - Erschreckend: Die Zahl der Straftaten in Ravensburg hat sich in den vergangenen zehn Jahren um 15 Prozent erhöht. Allerdings: Bei den schweren Fällen wie gefährliche Körperverletzung oder Vergewaltigung weist die Statistik keine Zunahme auf.

Das Sicherheitsempfinden der Bürger ist allerdings wenig von Zahlen zu beeindrucken. Allein drei Messerstechereien hat es beispielsweise in Ravensburg im vergangenen Jahr gegeben, die die Menschen verunsichern haben.

Zur Erinnerung: Auf dem Marienplatz hatte ein Mann aus dem Schussental einen vermeintlichen Nebenbuhler mit einem Messer attackiert. Ebenfalls am Marienplatz hatten Vater und Sohn vor einer Gaststätte einen Angreifer überwältigt, der auf einen Arbeitskollegen eingestochen hatte.

In Atem gehalten hat die Stadt eine Messerstecherei im November in der Oberen Breiten Straße, als ein Mann mit einem Messer auf drei andere Männer einstach. Sie wurden schwer verletzt und mussten notoperiert werden.

Derlei Nachrichten schockieren die Menschen und beeinträchtigen das Wohlfühlempfinden enorm. Wichtig für das Sicherheitsgefühl sind daher nicht nur Zahlen, sondern auch der Eindruck, sich gefahrlos in der Stadt aufhalten zu können. Positiv trägt dazu die sichtbare Präsenz von Polizisten bei.

So wurde im Zuge der Polizeireform versprochen, mehr Polizisten auf die Straße zu bringen. Martin Schatz, kommissarischer Leiter des Polizeipräsidiums Konstanz, konnte am Montag die Verstärkung der Polizeistreifen nicht konkret bestätigen. Zwar habe jedes Revier zwei Polizisten mehr bekommen. Aber ob diese konkret im Streifendienst eingesetzt würden, beantwortete er nicht. Schade.

26. März 2014 – Mannheimer Morgen
Peter W. Ragge



Frustrierte Beamte

Schlimme Verbrechen haben die Stadt im vergangenen Jahr aufgerüttelt: die noch immer rätselhaften Doppelmorde in Kirschgartshausen, der schreckliche Tod der Studentin Gabriele Z., eine Vergewaltigung im Jungbusch. Da hat die Polizei stets schnell, schlagkräftig und höchst effizient reagiert, sich dabei sehr viel Respekt erworben. Aber im Alltag? Da muss man sich leider große Sorgen machen. Für die CDU sind die nun vorliegenden Zahlen natürlich eine Steilvorlage. Aber jenseits des Wahlkampfgeplänckels stimmt ihre Klage über eine beängstigende Zunahme gerade bei Delikten, die eigentlich jeden treffen können - Einbrüche, Fahrraddiebstahl und solche Dinge. Auch

viele Probleme rund um die Zuwanderung, die manchmal gerne kleingeredet werden, spiegeln sich in der Statistik wieder.

Erst die drastischen Sparmaßnahmen 2011/12, als das Land die Mittel für Streifenfahrten und Ermittlungen kürzte, und nun die Polizeireform - da dürften einige der Gründe für die steigende Kriminalität liegen.

Viele Führungskräfte der Polizei haben sich seit über einem Jahr mit sich selbst beschäftigt statt mit Prävention. Die - von den Polizisten selbst so bezeichnete - "Zwangsfusion" der Präsidien Heidelberg und Mannheim brachte viel Frust degradierter und daher demotivierter Beamter, einen großen Verlust an Ortskenntnis, weitere Wege und Mehrarbeit für den ohnehin überbelasteten Streifendienst. Da muss dringend gegen gesteuert werden!

Von besorgniserregenden Zahlen spricht auch Egon Manz, Bezirksvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Die Gründe seien "gar nicht so leicht auszumachen", aber lägen auch an der Polizeireform: "Personal, Zeit und Gedanken für eine rasch reagierende Prävention waren im erforderlichen Umfang nicht mehr vorhanden", klagt er.



28. März 2014 – Schwäbische Zeitung/ dpa

Dieter Vaas



Wohnungseinbrüche urplötzlich wieder großes Problem

Stuttgart - Baden-Württembergs Polizei hat ein Problem: Urplötzlich schnell die Zahl der Wohnungseinbrüche samt Diebstählen im Südwesten nach oben - und nur jeder zehnte Täter wird geschnappt. 11 300 Fälle bedeuten einen Anstieg bei diesem klassischen Delikt um fast ein Drittel (32 Prozent).

Dramatisch schlecht ist die Aufklärungsquote: Gerade mal in 11 Prozent der Fälle würden der oder die Täter dingfest gemacht, sagte Gall. 11 300 Einbrüchen in 2013 stünden 1111 gefasste Täter gegenüber...

Die Zahlen sind für die CDU-Fraktion ein Zeichen dafür, dass Gall bei der Verbrechensbekämpfung die falschen Prioritäten setze. Hunderte hochqualifizierte Polizisten seien zuletzt mit der Polizeireform befasst gewesen. "Da wundert es doch nicht, wenn keine Zeit mehr zur Erarbeitung für Strategien zur Verbrechensbekämpfung bleibt", sagte Innenexperte Thomas Blenke. Seit Monaten leide das Kerngeschäft der Polizei, hieß es auch bei der FDP-Fraktion. ...

26. März 2014 – Info der Südfinder

Robin Halle



193 Polizisten fehlen - MdL Köberle nennt die Polizeireform Mogelpackung

Laut Innenminister Reinhold Gall wollte die rotgrüne Landesregierung in jedem Revier zwei zusätzliche Streifenpolizisten einstellen. Jetzt hat sich MdL Rudi Köberle die Februar-Zahlen kommen lassen - und schlägt Alarm: „Es sind nicht mehr, sondern weniger Streifenpolizisten unterwegs!“

Im Dezember 2013 hatten 12.465 Polizisten in den Revieren ihren Dienst verrichtet. Drei Monate später weist die Statistik nur noch 12 332 Stellen aus -143 weniger. Besonders bedenklich im Streifendienst sind 193 Polizisten weniger auf der Straße. „Ursprünglich wurden zwei Stellen pro Revier zugesagt“, bilanziert Köberle, „faktisch müssen viele Reviere mit noch weniger Personal auskommen. Die beiden Sollsteilen existieren häufig nur auf dem Papier. Das ist eine Mogelpackung.“

Not in Ravensburg

In Ravensburg fehlen zwei Stellen im Streifendienst, in Wangen zwei, in Weingarten und Friedrichshafen je eine. In der Gesamtzahl haben sich lediglich die Stellen im Posten- und Bezirksdienst erhöht (um 110) ... sagt Köberle. Und weiter "Im Zusammenhang mit der Personalreform werden wir auch überprüfen, inwiefern die Kosten gestiegen sind", so der CDU-Politiker. Er habe aus vielen Revieren die Informationen erhalten, dass Polizisten in Ravensburg immer weitere Fahrtstrecken zurücklegen müssen, z.B. bei Verkehrsunfällen.

Weite Wege für Polizisten CDU-Chef Schuler: "Die Reform wär ein Schnellschuss". MdL Köberle weist darauf hin, dass unter der Polizeireform viele Beamte leiden. "Die am Unfallort eintreffende Polizeistreife muss manchmal bis zu zwei Stunden warten, bis die Experte der zentralisierten Polizei den Unfallort erreichen. Köberle rechnet damit, dass in den kommenden Monaten tatsächlich Neueinstellungen in der Polizei erfolgen. Diesen Erfolg schreibt er allerdings der früheren Landesregierung zu nicht der jetzigen. Wir haben damals erkannt, dass aufgrund zahlreicher Pensionierungen im Frühjahr 2014 ein Personalengpass entstehen kann", sagt Köberle, "deshalb haben wir einen Einstellungskorridor auf den Weg gebracht". Köberle weiter: "Das Versprechen der neuen Landesregierung, zwei zusätzliche Stellen pro Revier zu schaffen, hat damit nichts zu tun. Diese Zusage wird nicht eingehalten."

Insgesamt hält der Landtagsabgeordnete die Polizeireform für gescheitert. „Ich habe immer gesagt, dass wir die Ergebnisse der Polizeireform in Bayern abwarten sollten, um Fehler zu vermeiden“, so Köberle. Ins gleiche Horn bläst auch Ravensburgs CDU-Chef August Schuler, der Köberle beim Redaktionsbesuch von INFO-Der Südfinder begleitet hat. Er sagt: „Die Polizeireform war ein Schnellschuss - zulasten der Bürger.“

KLARTEXT von Robin Halle: Minister Gall ist gescheitert

Die hochgelobte Polizeireform entpuppt sich immer mehr zum Rohrkrepiere. Erst hatte das Verwaltungsgericht die Besetzung der Spitzenfunktionen kassiert. Jetzt kommt heraus, dass nicht mehr Polizisten ihren Dienst im Streifendienst verrichten - sondern weniger. Selbst wenn Gall im Frühjahr einige der 193 Soll-Stellen neu besetzt. Die gefühlte Sicherheit nimmt ab. Die Zahl der Einbrüche ist im Landkreis Ravensburg bereits um 250 gestiegen. Das sollte zu denken geben.

03 Einkommensrunde 2014 für Beschäftigte beim Bund und den Kommunen

Quelle: dbb

Am 1. April 2014 hat sich der dbb mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in der dritten Verhandlungsrunde nach zweitägigen intensiven Verhandlungen auf einen Tarifabschluss in der Einkommensrunde 2014 geeinigt.



Neben einer linearen Anhebung der Einkommen enthält die Einigung u.a. Regelungen zum Urlaub und für Auszubildende. Die wichtigsten Regelungen im Einzelnen:

Entgelt

1. Tabellenentgelte werden ab 1. März 2014 um **3 %**, mindestens aber **90 Euro** erhöht
2. Tabellenentgelte werden ab 1. März 2015 um weitere **2,4 %** erhöht.

Auszubildende, Praktikanten

Ausbildungs-/Praktikantenentgelte werden ab 1. März 2014 um 40 Euro (Festbetr.) erhöht
 Ausbildungs-/Praktikantenentgelte werden ab 1. März 2015 um 20 Euro (Festbetr.) erhöht
 Künftig werden im Bahnverkehr Zuschläge bzw. besondere Fahrpreise (z. B. für ICE) erstattet, wenn die Entfernung zwischen den Ausbildungsstätten hierbei mehr als 100 km (bisher 300 km) beträgt. Die nachgewiesenen notwendigen Kosten einer Unterkunft am auswärtigen Ort werden, soweit nicht eine unentgeltliche Unterkunft zur Verfügung steht, erstattet.

Urlaubsdauer

1. Ab 2014 beträgt der Urlaubsanspruch (5-Tage/Kalenderwoche) **30 Arbeitstage**.
2. Auszubildende erhalten einen Anspruch auf 28 Arbeitstage (5-Tage/Kalenderwoche).

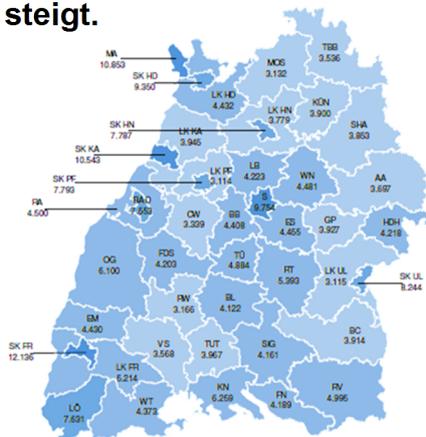
Besondere Regelungen nur für die VKA

Anders als mit dem Bund, besteht für den kommunalen Bereich noch keine Entgeltordnung. Wie in den vergangenen Jahren auch, wird es daher in diesem Bereich zu einer Pauschalzahlung kommen. Als Nachteilsausgleich für das Nichtvorhandensein einer Entgeltordnung zum TVöD wird daher der Tarifvertrag hierzu für die Jahre 2014 und 2015 und die einmalige Pauschalzahlung von jeweils 300 Euro auf 360 Euro erhöht.

04 Polizeiliche Kriminalstatistik Baden-Württemberg

Quelle: Zahlen IM BW

Stuttgart - Innenminister Reinhold Gall stellte am Freitag, 28. März 2014, die Polizeilichen Kriminalstatistik 2013 in Stuttgart vor. Insgesamt wurden 576.067 Straftaten in Baden-Württemberg verzeichnet, ein Anstieg um 2608 Straftaten gegenüber dem Vorjahr. Für den normalen Bürger eine unfassbare Zahl krimineller Handlungen, bei der die Erfolgsmeldungen des Innenministers über die beste Häufigkeitsziffer nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat in Baden-Württemberg zu werden ständig steigt.



Die Gewaltkriminalität liegt mit 17.306 Fällen weiterhin auf hohem Niveau. Gefährliche beziehungsweise schwere Körperverletzungen wurden in 12.752 Fällen verzeichnet.

106.349 Straftaten der sogenannten Straßenkriminalität (Raub-, Körperverletzungs-, Diebstahls- sowie Sachbeschädigungsdelikte im öffentlichen Raum verübt werden). wurden im vergangenen Jahr begangen.

In 208.604 Fällen im Diebstahlsbereich wurde festgestellt. Dabei macht der Polizei die schlechte Entwicklung beim Wohnungseinbruchdiebstahl zu schaffen. Dieser Kriminalitätsbereich hat mit 31,8 Prozent auf 11.295 Fälle stark zugenommen. Die Aufklärungsquote liegt bei nur knapp 10 Prozent.

2013 hat es einen deutlichen Anstieg von 11,2 Prozent auf 18.804 Straftaten gegeben, die mittels Internet begangenen wurden. Besonders hoch ist der Anteil von Betrugsdelikten mit 13.192 Fällen. 492 Fälle waren im Bereich Besitz/Beschaffung kinderpornografischer Schriften zu verzeichnen.

Der Bereich „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“ ist weiterhin besorgniserregend hoch. 1.312 Widerstandshandlungen und 2.003 Körperverletzungsdelikte dokumentieren dringenden politischen Handlungsbedarf. 1.730 Polizeibeamtinnen und -beamte wurden verletzt.

Die Rauschgiftkriminalität ist um fast 17 Prozent auf 32.219 Fälle gestiegen. Im Jahr 2013 sind 73 Straftaten durch Mitglieder von Rocker- oder rockerähnlichen Gruppierungen zu verzeichnen gewesen. Schwerpunkte nahmen Gewaltkriminalität, Rauschgift-, Vermögens- und Fälschungsdelikte sowie waffenrechtliche Verstöße ein.

05 33. Studienjahrgang der Hochschule für Polizei BW verabschiedet

Quelle: HfPol

Villingen-Schwenningen - In Anwesenheit vieler Ehrengäste aus dem In- und Ausland verabschiedete Professor Alexander Pick, Präsident der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, 405 Studierende des 33. Studienjahrgangs. Präsident Pick konnte am Donnerstag, den 27. März 2014, die Gäste und die Absolventen des Studienjahrgangs mit ihren Angehörigen im Rahmen eines Festakts mit musikalischer Umrahmung vom Landespolizeiorchester unter der Leitung von Toni Scholl, auf dem Campus Villingen-Schwenningen herzlich willkommen heißen. Einen besonderen Willkommensgruß richtete er an die ausländischen Ehrengäste aus Frankreich, der Schweiz und Österreich.



„Wir sind stolz auf diese Menschen“, so Präsident Pick in seiner Ansprache an die Gäste und die Studienabsolventen, „Menschen, die sich einer edlen Aufgabe verschrieben haben, Menschen die sich für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger engagieren. Rund um die Uhr, bei Tag, bei Nacht, an Wochenenden und Feiertagen“ und er stellte fest „Die Hochschule für Polizei hat in den vergangenen zwei-einhalb Jahren ihr Bestes gegeben, um Sie für die nun heranstehenden Aufgaben in der polizeilichen Praxis mit der besten Waffe auszustatten, die ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat seiner Polizei geben kann. Diese Waffe heißt: Bildung“

Die ASTA-Sprecher zollten der Leitung der Hochschule, den Dozenten und Professoren sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf dem Campus Villingen-Schwenningen großes Lob. Es sei alles getan worden, damit für die Studierenden beste Voraussetzungen bestehen.

Bei der Ehrung der Jahrgangsbesten durch Prof. Alexander Pick, Prorektor Dr. Frank Adler und Ministerialdirigent a.D. Ulrich Stephan, Vorsitzender des Fördervereins Hochschule für Polizei e.V., wurde verkündet, dass der 33. Studienjahrgang die bisherigen zwei Bachelor-Studiengänge in Sachen Leistungsbewertung übertroffen habe. Doch nicht nur der Jahrgang hat eine neue Bestmarke gesetzt.

Der Jahrgangsbeste, PKA Sven Schock von der Hochschule für Polizei, erzielte mit 13,58 Punkten die Note „Sehr gut“, die bislang nur einmal vergeben worden war. Den 2. Platz erreichte POM'in Jasmin Bareis vom Polizeipräsidium Reutlingen mit 13,22 Punkten, gefolgt von PKA'in Melissa Haas von der Hochschule für Polizei mit 13,05 Punkten.

06 NSA: Untersuchungsausschuss eingesetzt

Quelle: Behördenspiegel

Berlin - Ein Untersuchungsausschuss (UA) des Deutschen Bundestages wird den Abhörskandal um den US-Geheimdienst National Security Agency (NSA) aufklären. Den Antrag aller Fraktionen zur Einrichtung dieses Gremiums hat der Bundestag einstimmig beschlossen.



"Angestoßen insbesondere durch Presseberichterstattung in Folge der Enthüllungen von Edward Snowden über Internet- und Telekommunikationsüberwachung" soll der Ausschuss danach für den Zeitraum ab Anfang 2001 klären, ob, in welcher Weise und in welchem Umfang durch Nachrichtendienste der Staaten der sogenannten "Five Eyes" (USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland) eine Erfassung von Daten über Kommunikationsvorgänge, deren Inhalte sowie sonstige Datenverarbeitungsvorgänge "von, nach und in Deutschland auf Vorrat oder eine Nutzung solcher durch öffentliche Unternehmen der genannten Staaten oder private Dritte erfasster Daten erfolgte beziehungsweise erfolgt".

Weiterhin solle der UA klären, inwieweit Daten über Kommunikationsvorgänge und deren Inhalte von Mitgliedern der Bundesregierung sowie des Bundestages oder anderer Verfassungsorgane der Bundesrepublik und von Bundesbediensteten durch Nachrichtendienste der genannten Staaten nachrichtendienstlich erfasst oder ausgewertet wurden.

Ferner soll das Gremium laut Vorlage klären, "ob Empfehlungen zur Wahrung des verfassungsrechtlich gewährleisteten Schutzes der informationellen Selbstbestimmung, der Privatsphäre, des Fernmeldegeheimnisses und der Integrität und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme sowie der sicheren und vertraulichen Kommunikation in der staatlichen Sphäre geboten sind".

Dem Ausschuss werden acht Mitglieder angehören, vier von der Union, zwei von der SPD und jeweils eines von den Linken und den Grünen. Vorsitzender wird der CDU-Abgeordnete Clemens Binninger.

07 Grün-rote Bedürftigkeit

Quelle: FAZ - von Rüdiger Soldt;

Vor drei Jahren wurde die Stuttgarter Koalition an die Macht gespült. Und nun?

Pünktlich zum Jahrestag des Wahlsiegs vor drei Jahren trat Winfried Kretschmann jüngst mit einer Regierungserklärung vor das Parlament. Wie so häufig hielt der baden-

württembergische Ministerpräsident eine kluge Rede. Anlässlich des Themas „Mehr Demokratie wagen“ zollte Kretschmann sogar dem Philosophen Arnold Gehlen und dessen Begriff der „Institutionenbedürftigkeit“ Respekt. Wer genau hinhörte, konnte auch selbstkritische Töne vernehmen. Gleichwohl war Kretschmanns Auftritt bezeichnend für den Zustand der grün-roten Koalition: Kretschmann präsidiert, aber die Regierung kommt auf ihren zahlreichen Reformbaustellen nur schleppend voran. Über die Ausweitung direktdemokratischer Elemente etwa gibt es zwar einen Kompromiss mit der Opposition, weil die Verfassung geändert werden muss. Ein Gesetzentwurf aber ist nicht in Sicht.

Immer wieder hat sich Kretschmann als führungsschwach erwiesen, in unzähligen Fragen vermochte er nicht, sich durchzusetzen: Auf eine Begrenzung des Anstiegs der Beamtenbesoldung verzichtete er auf Drängen der SPD. Über ein Alkoholverbot auf kommunaler Ebene ließ er eine Arbeitsgruppe diskutieren, um das Thema schließlich zu vertagen, weil er es in seiner Partei nicht durchsetzen konnte. Ähnlich ist es in der Bundespolitik: Kretschmanns Versuch, sich zwischen unions- und SPD-regierten Ländern als Vermittler zu profilieren, ist weitgehend gescheitert, was auch mit der großen Koalition zu tun hat. Das starke Industrieland war in Berlin schon einmal stärker repräsentiert.

Kretschmann schreibt gern Briefe an die Bundeskanzlerin und an die eigenen Leute in Berlin. Das zeigt den guten Willen, aber der allein macht keinen guten Ministerpräsidenten. Bisweilen agiert Kretschmann so konfliktscheu, dass zum Schaden der gesamten Koalition Debatten aus dem Ruder laufen. So war es bei der Diskussion über die Verankerung des Themas „Sexuelle Vielfalt“ im Bildungsplan. Statt ein äußerst dürftiges und bedenkliches Arbeitspapier schnell aus dem Verkehr zu ziehen und den Eindruck aus der Welt zu schaffen, die Politik wolle in die sexuelle Identitätsfindung der Schüler eingreifen, ließ Kretschmann die Debatte zwei Monate laufen. Das Thema erreichte schließlich nationale Talkshows und führte zu Demonstrationen, bei denen die Polizei einschreiten musste.

Nach drei Jahren hat Grün-Rot alle Reformvorhaben zumindest auf den Weg gebracht, allen voran die Gemeinschaftsschule. Eigentlich sollte jetzt eine Konsolidierungsphase eintreten. Aber auf fast jedem Politikfeld, ob Haushalt, Schulreform oder Verkehr, häufen sich die Fehler. An das Versprechen, das strukturell konservative Land behutsam zu modernisieren, hat sich die Regierung nicht gehalten.

Stattdessen versuchen beide Regierungsparteien, ihre eigene Klientel in jeder erdenklichen Weise zufriedenzustellen. Das Ergebnis ist eine Kulturkampfatmosphäre, egal, ob es nun um die Einrichtung des Nationalparks, die Überarbeitung des Bildungsplans oder die Novellierung des Landesjagdgesetzes geht.

In der Bürgerschaft ist Kretschmann nach wie vor populär. Wie lange noch Stil vor Inhalten geht, bleibt abzuwarten, zumal viele kleinere Fehler von der Öffentlichkeit kaum registriert werden. Grüne und SPD können, wenn überhaupt, nur unter zwei Voraussetzungen eine Mehrheit für eine zweite Legislaturperiode gewinnen: Die Grünen müssen für Wähler aus dem klassischen Bürgertum attraktiv bleiben, und die SPD darf nicht noch schwächer werden. Danach sieht es derzeit nicht aus. In Umfragen hat Grün-Rot keine Mehrheit im Land.

Der Protest gegen Stuttgart 21, das Agieren des CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus und der Atomunfall von Fukushima hatten diese Koalition an die Macht gespült. Eine Konstellation dieser Art dürfte sich kaum wiederholen. Deshalb wollen die Regierungsparteien mit den Fehlern der CDU unter Mappus einen zweiten Wahlkampf bestreiten. Das Mittel hierzu ist ein zweiter Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des brutalen Polizeieinsatzes gegen die Stuttgart-21-Demonstranten.

Untersuchungsausschüsse sollten ein Mittel der Opposition zur Kontrolle der Regierung sein. In Baden-Württemberg ist der Untersuchungsausschuss ein Mittel der Regierung zur Drangsalierung der derzeitigen Opposition. Das wäre vielleicht tolerabel, wenn Grüne und Sozialdemokraten sich nicht um die Aufklärung eines staatspolitisch wichtigeren Themas herumdrückten, nämlich um die des Heilbronner NSU-Mordes. ..

08 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: AK CDU Polizei

Am 29. März fand in Bad Boll die Jahrestagung des CDU-Arbeitskreises Polizei statt. Die Politische Spitze der Partei war sowohl aus der Bundes- wie auch der Landesebene vertreten. Im Mittelpunkt der Tagung standen u.a. Neuwahlen.

Der bisherige Landesvorsitzende, Günther Freisleben übergab die Führung an Gerhard Regele (PP Mannheim), der seit Jahren Stellvertreter von Freisleben war. Nicht überrascht war man darüber, dass Rainer Staib (Bereitschaftspolizei Göppingen), einer der Aktiv-Posten des AK, zum Stellvertreter gewählt wurde. Die aktuelle Führungsmannschaft fügen wir unserem ID am Ende an.



Die DPoIG-ID-Redaktion wünscht dem AK CDU Polizei eine glückliche Hand bei der (partei)politischen Vertretung polizeispezifischen Interessen/Themen.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dbb

Das Innenministerium verschwindet

Die Abrissbirnen arbeiten nach Plan: Das ehemalige Innenministerium am Karlsplatz verschwindet derzeit aus dem Stadtbild. Momentan wird das Gebäude zur Dorotheenstraße hin abgerissen, im letzten Schritt folgt dann das ehemalige Betten-Braun-Gebäude (im Hintergrund). Auf der frei werdenden Fläche baut das Kaufhaus Breuninger aus der Nachbarschaft einen 39 000



Foto: Leif Piechowski

Quadratmeter großen Neubau für rund 200 Millionen Euro. 13 000 Quadratmeter davon sind für Handel und Gastronomie vorgesehen. Bis Ende 2016 soll der Neubau fertig sein, die Abrissarbeiten müssten gegen Ende April komplett erledigt sein. Bis dahin soll auch die Baugenehmigung der Stadt vorliegen.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Internet

BBBank spendet 2.000 Euro für die Kinder der Kita „Campus Minimus“

Einen neuen Kaufladen und 6 Tripp Trapp Stühle gibt es für die Kinder des „Campus Minimus“, der Kita der Hochschule für Polizei in Schweningen. Für die Jüngsten auf dem Campus überreicht



BBBank-Filialdirektorin Diana Hug am 27. März 2014 einen Spendenscheck an die Leiterin des Kindergartens Frau Andrea Dufner. „Wir sehen die Unterstützung und Förderung von Kindern als eine der wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen unserer Gesellschaft. Die BBBank möchte mit ihren Mitteln das Engagement des Fördervereins der Hochschule der Polizei unterstützen und so einen Teil der gesellschaftlichen Verantwortung mittragen“, ergänzt BBBank-Filialdirektorin Diana Hug.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Behördenpiegel

Gemeinsame Polizeiuniformen - Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland werden künftig gemeinsam die Uniformen für Polizisten anschaffen.

"Kooperationen über Ländergrenzen hinweg helfen, die Abläufe und Strukturen bei der Polizei noch effizienter und kostengünstiger zu gestalten", sagte der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz bei der Vorstellung der neuen Uniformen gemeinsam mit der saarländischen Innenministerin Monika Bachmann und dem hessischen Landespolizeipräsidenten Udo Münch in Mainz.



"Die einheitliche Uniform wurde noch einmal optimiert und den Wünschen der Beamten angepasst. Sie ist ein wichtiges und in der Öffentlichkeit sichtbares Zeichen für die gute Zusammenarbeit zwischen den Nachbarländern", betonte Lewentz.

"Aus unserer Sicht ist es wichtig, in Zeiten knapper Haushaltskassen Länderkooperationen immer dann voranzutreiben, wenn es sinnvoll ist. Die gemeinsame Beschaffung im Bereich der Polizeiuniformen ist dafür ein gutes Beispiel. Denn sie hat gleich mehrere Vorteile für die drei beteiligten Bundesländer sowie für die Polizistinnen und Polizisten: weniger Kosten und mehr Funktionalität sowie Qualität", erklärte der hessische Innenminister Peter Beuth.

Im März 2012 gab es einen Kooperationsbeschluss unter anderem der Innenminister aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland zur Intensivierung der Zusammenarbeit in allen polizeilichen Bereichen. Ziel der einheitlichen Uniformen ist die Zusammenführung der beiden hessischen und rheinland-pfälzischen Modelle. Länderwappen und Namensschilder werden künftig mit einem Klettverschluss-System an die Kleidung angebracht. Im Saarland wird mit dem neuen Modell zugleich von der grünen auf die blaue Uniform umgestellt.

Ende DPoIG-ID Nr6/2014

AK CDU Polizei

Quelle: <http://www.cdu-ak-polizei-bw.de/>

Gerhard Regele
Landesvorsitzender,
Vorsitzender
Bezirk Nordbaden



Rainer Staib
Stellv. Landesvorsitzender,
Vorsitzender Bezirk Nordwürttemberg



Frank Förstermann
Internetbeauftragter,
stellv. Vorsitzender
Bezirk Nordwürttemberg



Holger Tranzer
Schriftführer



Dorit Wolf
Beisitzerin



Alfons Pfaff
Beisitzer



Karl-Heinz Treu
Beisitzer



Ralf Vetter
Beisitzer



Achim Staudenmaier
Beisitzer

Bernd Hummel
Bezirksvorsitzender
Württemberg/
Hohenzollern

MdL Thomas Blenke
Ständiger Gast



Dr. Peter Michael Bauer
parlamentarischer Berater
Ständiger Gast
Landesvorstand



Axel Drexler
stellv. Landesvorsitzender



Siegfried Lorek
Pressesprecher,
stellv. Vorsitzender
Bezirk Nordwürttemberg



Christian Würz
Schatzmeister



Jörg Frey
Beisitzer



Peter Kollmannthaler
Beisitzer



Michael Wernthaler
Beisitzer



Sebastian Coker
Beisitzer



Hilmar Reith
Bezirksvorsitzender
Südbaden



Josef Müller
Geschäftsführer AK Polizei



Prof. Alexander Pick
ständiger Gast
Landesvorstand



MdB Clemens Binninger
Kooptiert

